



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am

01. Dezember 2010

TOP 1 – Unkalkulierbare Risiken für Ruhrgebietskommunen verhindern – Drohende Steag-Übernahme verstößt gegen Landesinteressen

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wollen Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, brauchen wir – dessen bin ich ganz sicher – Wettbewerb. Deshalb ist der engagierte Bieterwettbewerb um die Steag ein gutes Zeichen.

Es gibt zwei Entwicklungen: Wenn die wirtschaftliche Erholung weltweit weiter an Fahrt gewinnt, werden wir es mit steigenden Rohstoff- und Energiekosten zu tun bekommen. Zweite Entwicklung: Wir haben darüber geredet, dass parallel dazu gigantische Investitionen in den nachhaltigen Umbau unserer Energieversorgung anstehen. Wenn man nicht gerade alle Netze verstaatlichen will und diese gigantischen Kosten nicht auf die öffentlichen Haushalte und Steuerzahler abwälzen möchte, wird man das irgendwann mehr oder weniger bei den Strompreisen wieder ablesen können.

Die aus diesen beiden Entwicklungen resultierenden zusätzlichen Kosten lassen sich für die privaten Verbraucher wie auch die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen nur durch intensiven Wettbewerb bestmöglich gering halten. Es ist daher im besonderen Interesse des Industrielandes wie des Energielandes Nordrhein-Westfalen, dass die Steag zukünftig im Wettbewerb besteht und weiter eine wesentliche Rolle spielen kann.

Um diese zu gewährleisten, gilt es, im Bieterwettbewerb das in Summe beste Angebot zu identifizieren. Wir beschäftigen uns heute mit diesem Thema nicht, weil wir das zu entscheiden hätten, sondern wir beschäftigen uns deshalb in dieser aktuellen Stunde damit, weil unter den verbliebenen Bietern ein Konsortium aus den Stadtwerken verschiedener Ruhrgebietskommunen ist, nämlich aus Dortmund, Bochum, Duisburg, Essen, Oberhausen und Dinslaken.

Die Stadtwerke haben ein nachvollziehbares Interesse daran, die dauerhafte Versorgung insbesondere mit Fernwärme in ihrem Versorgungsgebiet zu gewährleisten. Die Steag ist im Ruhrgebiet in diesem Punkt der wesentliche Akteur. Des Weiteren ist beabsichtigt, den derzeit stark fossilen Kraftwerkspark zukünftig stärker auf erneuerbare Energien auszurichten.

Wir als CDU-Landtagsfraktion haben ein hohes Interesse an vitalen Stadtwerken, die dauerhaft und solide ihrer Aufgabe als Versorger nachkommen können. Mit der Trianel haben wir bereits die europaweit führende Stadtwerkekooperation in Nordrhein-Westfalen. Die Übernahme der Steag durch die Stadtwerke wäre ein weiterer denkbarer Weg für die gemeinschaftliche energiewirtschaftliche Betätigung von Kommunen.

Beides zeigt, dass die von unserer früheren Wirtschaftsministerin Christa Thoben und von Prof. Burgi angestoßene Debatte zur Reform des Gemeindefinanzrechts hochaktuell und richtig ist. Nach unserer festen Überzeugung gilt es, den Stadtwerken die Möglichkeit einzuräumen, sich den zügig verändernden Rahmenbedingungen anzupassen, Spielräume und Perspektivräume zu erhalten und neue zu schaffen.

Es gilt das gesprochene Wort!

All das findet aber natürlich in Grenzen statt. Da sich die Stadtwerke mit öffentlichem Geld wirtschaftlich betätigen, dürfen neue Spielräume auch nicht unbegrenzt sein. Die Stadtwerke müssen als fairer Wettbewerber agieren. Man sollte auch die Risiken dieser Transaktion, die geplant ist, nicht unter den Tisch fallen lassen. Risiken sind durch uns als Landesparlament zu begrenzen und durch die Kommunalaufsicht sehr aktiv zu überwachen. Wir werden die Landesregierung in beiden Kriterien kritisch begleiten und an ihren Taten messen.

Weil es zum Thema dazugehört, möchte ich noch etwas Grundsätzliches zum § 107 der Gemeindeordnung sagen: Wir begrüßen ausdrücklich, dass es gelungen ist, zwischen dem Verband kommunaler Unternehmen und dem Handwerk eine Einigung zur energiewirtschaftlichen Betätigung von Kommunen beim § 107a GO zu erzielen. Wir haben diese sinnvolle Einigung bereits gestern in unserer Fraktion aufgenommen und unseren Änderungsantrag zum Gesetzentwurf entsprechend modifiziert.

Nun ist es an der Landesregierung, die Möglichkeit zu nutzen, im Dauerkonfliktthema „§ 107 GO“ Frieden zu schaffen. Schließen Sie sich unserem Änderungsantrag an oder bringen Sie wenigstens einen modifizierten Gesetzentwurf ein! Ich fürchte, Sie tun beides nicht, und das leidige Thema bleibt uns auf Dauer erhalten.

Wir betrachten – abschließend – den Anteilsverkauf der Steag, wie ich eingangs geschildert habe, unter der Frage, was für die Menschen in unserem Land die beste Lösung ist. Sollte am Ende das Stadtwerkekonsortium tatsächlich den Zuschlag erhalten, fordern wir alle Beteiligten auf, intensiv zu prüfen, ob es nicht zu einer breiten NRW-Lösung kommen kann. Eine wirklich breite NRW-Lösung wäre beispielsweise die Einbindung der im früheren Stadium des Bieterverfahrens unterlegenen privatwirtschaftlichen Bieter aus Nordrhein-Westfalen. Aus unserer Sicht ließen sich so die finanziellen Risiken für die Kommunen minimieren und gleichzeitig entstehende Freiräume für die nötigen Investitionen in den Kraftwerkspark der Steag nutzen. Das wäre gut für alle. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.